

«Jean Ziegler gratulierte mir zu dem 'klugen Buch'»

Der Surseer Zeitexperte Ivo Muri will für die neue politische Gruppierung «Chance 21» in den Luzerner Regierungsrat einziehen. Wir sprachen mit dem preisgekrönten Jungunternehmer über seine Beweggründe zu dieser Kandidatur, seinen politischen Standpunkt und die Resonanz seines «Kleptokratischen Manifestes».



Ivo Muri: «Mir ist wichtig, dass die Bürgerschaft mich nicht als Angehörigen einer etablierten Partei, sondern wegen meines Gedankengutes, meines Erfahrungshintergrundes und meiner Persönlichkeit wählt.»

Ivo Muri

dz. Der Unternehmer und Zeitexperte Ivo Muri (43) liess sich als Betriebsökonom HWV und Personalchef IAP ausbilden. 1989 übernahm er die Geschäftsführung der Turmuhrenfabrik Jakob Muri AG. 1994 gründete er die Zeit AG, die seither sehr erfolgreich im Bereich der Zeiterfassung tätig ist. Für diese Leistung wurde Ivo Muri 1998 mit dem Jungunternehmerpreis ausgezeichnet. Der Regierungsratskandidat der «Chance 21» wohnt mit seiner Frau und den beiden Töchtern am Geschäftssitz der Zeit AG im Surseer Glockenhof. Heute bezeichnet Muri die Politik als sein Hobby. Früher spielte er Basketball.

Ivo Muri, Sie wurden vor einer Woche von der politischen Bewegung «Chance 21» als Regierungsratskandidat nominiert. Im vergangenen Oktober führten Sie gegenüber unserer Zeitung aus, für den Grossen Rat und den Ständerat kandidieren zu wollen. Weshalb dieser Schwenker?

Die «Chance 21» war der Ansicht, dass nicht nur im Parlament, sondern auch in der Regierung die 95 Prozent der Bevölkerung ausmachenden Parteiunabhängigen meiner Generation vertreten sein sollten. Anders als vor drei Jahren, als ich mir eine Kandidatur für den Surseer Stadtrat überlegte, habe ich die Geschäftsnachfolge seit mehr als einem Jahr geregelt, so dass einer Kandidatur für den Regierungsrat nichts im Wege stand. Die einzige Bedingung für mich war, dass ich mich keinen Parteiparolen zu unterwerfen habe. Dies, weil ich mich in einer Demokratie nur dann wohl fühle, wenn alle Meinungen in die Politik integriert werden.

Für den Grossen Rat und den Ständerat werden Sie also nicht mehr ins Rennen steigen?

Als Grossrat werde ich kandidieren, das ist beschlossen. Ob ich als Ständerat kandidieren werde, ist innerhalb der «Chance 21» nochmals zu diskutieren. Dies hängt dann vor allem vom Ausgang der Regierungswahlen ab. Entscheidend für mich ist die Tatsache, dass ich der Wählerschaft eine echte Wahlmöglichkeit bieten möchte.

Wie hoch rechnen Sie sich Ihre Chancen aus, in die Luzerner Regierung einzuziehen?

Die Wahlchancen als Kandidat einer neuen Gruppierung sind wohl eher gering. Bei den Positionen, die ich vertrete, ist mir jedoch wichtig, dass eine Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern mich nicht als Angehörigen einer etablierten Partei, sondern wegen meines Gedankengutes, meines Erfahrungshintergrundes und meiner Persönlichkeit wählt.

Wo möchten Sie als Regierungsrat den Hebel ansetzen?

Der Grund für unsere heutige Orientierungslosigkeit in Politik und Wirtschaft beruht auf falschen Feindbildern, Wirtschaftstheorien und Machtinteressen. Mein Ansatz ist, diese Widersprüche transparent zu machen, Feindbilder abzubauen und auf gemeinsamen Standpunkten basierend wieder eine echte Demokratie zu etablieren.

Hat die «Chance 21» in der Bevölkerung den notwendigen Rückhalt, um in der politischen Landschaft etwas bewegen zu können?

Interessanterweise versuchen die etablierten Parteien, nach dem veralteten Links-Rechts-Schema die «Chance 21» in die ultralinke Ecke zu stellen. Dies ist für mich als Unternehmer absurd. Wenn es der «Chance 21» gelingt, diese bewusst transportierten Feindbilder abzubauen und der Bürgerschaft zu erklären, dass es hier nicht um die Frage links-rechts, sondern um die Erhaltung der direkten Demokratie geht, kann die Bewegung tatsächlich breite Unterstützung erhalten.

Wo sind Sie im politischen Spektrum – um dieses trotzdem zu bemühen – anzusiedeln? Links oder rechts der Mitte?

Die Mitte, welche die etablierten Parteien als solche bezeichnen, existiert für mich nicht. Denn diese meinen die Mitte zwischen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberschaft. Wie ich in meinem «Kleptokratischen Manifest» dargelegt habe, existiert aber dieses Feindbild gar nicht real. Der Kunde ist der Arbeitgeber eines KMU-Betriebes. Sowohl Unternehmer wie Angestellte können nur leben, wenn sie von ihren Kunden Arbeit kriegen. Aus dieser Erkenntnis heraus müssen wir das Feindbild «Arbeitnehmer contra Arbeitgeber» abbauen.

Sie haben Ihre Thesen im «Kleptokratischen Manifest» veröffentlicht und dieses breit gestreut, so auch an Prominente aus Politik und Wirtschaft. Erhielten Sie Rückmeldungen?

Ja, ich erhielt verschiedene Rückmeldungen, die von «Quatsch» über «unverständlich» bis zu «interessant» und «ausgezeichnet» reichen. Am meisten gefreut haben mich Feedbacks von Wirtschaftsprofessoren und Historikern aus der Schweiz und aus dem Ausland, welche diese Arbeit sehr positiv aufnahmen. So gratulierte mir etwa Jean Ziegler zu diesem «klugen Buch».

Wie schaffen Sie es als Verwaltungsratspräsident der Zeit AG, für Ihr politisches Engagement Zeit zu finden?

Ich arbeite heute am Institut «Zeit und Mensch», das ich gegründet habe und in Gondo sowie Sursee domiziliert ist. Meine Firmen haben alle fähige Geschäftsführer, und ein vollamtlicher Verwaltungsrat steuert für mich diese Firmen.

Interview Daniel Zumbühl